

Wenn Intoleranz auf **WIDERSTAND** trifft

**DONALD TRUMP UND DIE NATIVE AMERICANS**

**V**  
gesellschaft  
für **bedrohte**  
**völker**



Text: Yvonne Bangert, Elisa Benker, Charlotte Honnigfort

Redaktion: Sandy Naake, Yvonne Bangert

Layout: Tanja Wiczorek

Herausgegeben von der

Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028

E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de), Internet: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)



Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 5060 70

(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat und Sektionen/Büros in Arbil (IRQ), Bern (CH), Bozen (I), Göttingen/Berlin (D), London (GB), Luxemburg (L), New York (USA), Sarajevo/Srebrenica (BiH) und Wien (A).

Titelfoto: All Nations - Solidarität in Standing Rock

© Joe Brusky/ Flickr (CC BY-NC 2.0)

Göttingen, März 2017

-----	Wenn Intoleranz auf Widerstand trifft - Donald Trump und die Native Americans	3
-----	„Wasser ist Leben“ - Die Dakota Access Pipeline in North Dakota	5
-----	Trumps Mauer schwankt, bevor sie steht	13
-----	Bauprojekt Mauer: Was die Idee wirklich umfasst	14
-----	Die Souveränitätsfrage	15
-----	„Black Hills are not for sale!“	16
-----	Was bleibt von der Indigenenpolitik Barack Obamas?	19
-----	Droht die Privatisierung indianischer Reservate?	21
-----	Wussten Sie schon? Wirklich wahre Fakten über die USA und die Native Americans	24

A group of approximately 15 people are standing behind a row of large, illuminated letters that spell out "THERE IS NO PLANET B". The scene is set at night, with a dark blue sky and several streetlights illuminating the area. The letters are brightly lit, casting a glow on the ground. The people are dressed in winter clothing, suggesting a cold environment. In the background, there are trees and a fence, possibly a sports field. The overall atmosphere is one of a public demonstration or protest.

THERE IS NO PLANET B

# WENN INTOLERANZ AUF WIDERSTAND TRIFFT - DONALD TRUMP UND DIE NATIVE AMERICANS

## Wenn Intoleranz auf Widerstand trifft - Donald Trump und die Native Americans

Am 20. Januar 2017 wurde Donald Trump als 45. Präsident der USA vereidigt, seitdem wächst das Konfliktpotential zwischen ihm und den Native Americans zunehmend. Schon seine Wahlversprechen und ersten politischen Aktionen zeigen, dass sich die Native Americans auf schwere Zeiten gefasst machen müssen. Trumps ignorante Politik gegenüber der indigenen Bevölkerung lässt sich in vier Schwerpunkten zusammenfassen:

**1. Öl- und Gasförderung/Pipelinebau:** Wirtschaftlicher Gewinn ist Donald Trump wichtiger als kulturelles Erbe und religiöse Traditionen. Der Bau der Pipelines Dakota Access und Keystone XL wurde wieder aufgenommen, weitere Pipelineprojekte sind in Planung. Doch Widerstand regt sich.

**2. Die Mauer zu Mexiko:** Die Anordnung zum Mauerbau hat Trump bereits erteilt, auch deutsche Unternehmen werden sich möglicherweise an dem Projekt beteiligen. Doch die im Grenzgebiet ansässigen indigenen Gemeinschaften könnten Trumps Pläne ins Schwanken bringen.

**3. Souveränitätsstatus der Native Americans:** Die Verträge zum Landbesitz zwischen den Native Americans und den USA stammen vorwiegend aus dem 19. Jahrhundert, ihre Bedeutung heutzutage wird, je nach Interesse, unterschiedlich ausgelegt. Könnte Trump es schaffen, diese Verträge aufzuheben?

**4. Umwelt- und Naturschutz:** Globale Klimaerwärmung existiert in Trumps Augen nicht, er zerstört lieber die Umwelt durch den Ausbau der Rohstoffförderung. Die Zukunft der US-Umweltschutzbehörde steht somit auf dem Prüfstand, genauso die der noch von Obama unter Schutz gestellten Küstengewässer.

Die Verteidigung der Souveränität und Identität der Native Americans ist wichtiger denn je. Und dazu brauchen sie die Unterstützung von uns allen – „Make Native America Great Again!“

Foto links: There is no planet B - Es gibt nur diese eine Erde  
© Joe Brusky/Flickr (CC BY-NC 2.0)



Water is Life

104

# „WASSER IST LEBEN“ - DIE DAKOTA ACCESS PIPELINE IN NORTH DAKOTA

## „Wasser ist Leben“ - Die Dakota Access Pipeline in North Dakota

Der Kampf um die Dakota Access Pipeline (DAPL) im US-Bundesstaat North Dakota ist zu einem Symbol für den wiedererwachenden indianischen Widerstand in den USA und weit darüber hinaus geworden. Fast ein Jahr, von April 2016 bis Februar 2017, machte der Standing Rock Sioux Tribe nahe der Kleinstadt Cannon Ball gegen die Fertigstellung der Ölpipeline mobil, denn sie soll unter dem Missouri und dem Trinkwasserspeicher Lake Oahe hindurchgeführt werden. Fluss und See sind in dieser Region die einzige Trinkwasserreserve für 17 Millionen Menschen. Ein Leck würde das Trinkwasser vieler Menschen gefährden. Tausende Standing Rock Sioux, Delegationen Dutzender weiterer Native Nations, Umweltschützer und Veteranen der US-Armee stellten sich den Bautrupps entgegen, die mit brachialer Gewalt die Verlegung der Pipelinerohre erzwingen wollten. Eine einzigartige Allianz gegen scharfe Hunde, Wasserwerfer oder Gummigeschosse entstand, die auch nach Ende des Widerstandscamps fortwirken wird.

Die insgesamt etwa 1.890 Kilometer lange DAPL soll das Bakken-Ölfeld in North Dakota mit einem bereits vorhandenen Pipelinesystem in Patoka in Illinois verbinden. Geplant ist ein Durchfluss von etwa 470.000 Barrel pro Tag (74,7 Millionen Liter). Die Befürworter des Projekts sagen, dass damit ein kosteneffizienter und im Vergleich zu Bahn oder Straße relativ sicherer Transport von Rohöl gewährleistet werde. Außerdem schaffe das 3,3 Milliarden Euro teure Projekt laut Auftraggeber angeblich zwischen 8.000 und 12.000 neue Arbeitsplätze. Dauerhafte Arbeitsplätze sind das erfahrungsgemäß nicht. Nach Abschluss der Verlegung der Pipeline sind vermutlich die meisten Jobs wieder weg.

North Dakota ist dank Fracking zur größten Ölförderregion der USA geworden. Trinkwassergefährdung sehen auch die Befürworter des DAPL-Projekts als Problem, jedenfalls wenn es um ihre eigene Klientel geht. Ursprünglich sollte die Pipeline an der Hauptstadt North Dakotas Bismarck vorbeiführen, wurde dann aber nach Intervention der Stadtväter an die Grenze des Standing Rock Reservates verlegt. Die Standing Rock Sioux wurden vor vollendete Tatsachen gestellt.

## „WE CAN'T DRINK OIL, KEEP IT IN THE SOIL“

(Wir können Öl nicht trinken, behaltet es im Boden)

Die Trasse verläuft auf einem Landstück, das gemäß dem Fort-Laramie-Vertrag von 1851 dem Standing Rock Sioux Tribe gehört. Es liegt zwar nicht innerhalb des Reservates, aber die Standing Rock Sioux haben ihre Ansprüche auf dieses „unceded land“, also niemals abgetretene Land nie aufgegeben und betrachten es nach wie vor als ihr Eigentum. Die historischen Verträge zwischen den USA und der jeweiligen indianischen Nation sind bis heute rechtsgültig. Die DAPL führt durch Gebiete, die für den Standing Rock Sioux Tribe heilig sind, denn dort liegen die Gräber ihrer Ahnen.

Präsident Barack Obama hatte noch versucht, die Baubehörde [Army Corps of Engineers](#) zu einer anderen Trassenführung zu bewegen, um damit den Bedenken der Standing Rock Sioux Rechnung zu tragen. Die Behörde verhängte Anfang Dezember 2016 einen Baustopp und sagte entsprechende Prüfungen zu. Präsident Donald Trump jedoch wies das [Army Corps of Engineers](#) als eine seiner ersten Amtshandlungen an, das Verfahren schnellstmöglich abzuschlie-

ßen. Die Behörde erteilte zügig die Genehmigung für das letzte Teilstück und hob den Baustopp auf. Das größte Widerstandscamp der Standing Rock Sioux wurde am 22. Februar 2017 geräumt. Im Frühjahr 2017 soll das erste Öl fließen.

Mehr als 700 Water Protectors (Wächter des Wassers) wurden während der Proteste festgenommen. Sie berichteten über entwürdigende und diskriminierende Behandlung. Die Anwältin Lauren Regan leistete Demonstranten Rechtsbeistand, die vom FBI kontaktiert wurden. „Der Gedanke, dass die Regierung versuchen könnte, diese von Indigenen geführte gewaltlose Bewegung zum Gegenstand einer Untersuchung wegen Terrorismus zu machen, ist für mich unvorstellbar“, sagte sie der Zeitung [The Guardian](#) (10.2.2017). „Von Anfang an“, fuhr sie fort, „versuchten die lokalen Polizeikräfte, ihr militarisiertes Vorgehen durch die falsche Anschuldigung zu rechtfertigen, dass die Water Protectors gewalttätig seien.“ Journalisten wie Amy Goodman vom Nachrichtendienst [Democracy Now!](#) oder Jenni Monet vom Magazin [Indian Country Today](#), wurden an der freien Berichterstattung gehindert.



# „WASSER IST LEBEN“ - DIE DAKOTA ACCESS PIPELINE IN NORTH DAKOTA

## Deutsches Geld finanziert dieses Projekt mit

17 Banken finanzieren DAPL direkt, unter ihnen mit mehr als 120 Millionen Dollar (etwa 127 Millionen Euro) die Münchener Bayern LB. Weitere 19 Banken stellen dem Bauträger, der Energy Transfer Gesellschaft, Kredite zum allgemeinen Ausbau der Gas- und Ölinfrastruktur in North Dakota und anderen Regionen zur Verfügung, unter ihnen die Deutsche Bank mit mehr als 275,6 Millionen Dollar (etwa 292 Millionen Euro), hat die NGO **Food and Water Watch** recherchiert – eine von Regierung und Privatwirtschaft unabhängige Organisation, die sich für das Recht auf Nahrung und Wasser einsetzt. Nachfragen der **Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)** aus dem Dezember 2016 wurden von der Bayern LB ignoriert. Die Deutsche Bank rechtfertigte sich damit, dass sie nicht direkt mit dem Bau zu tun hätte: „Wie viele andere Banken, Finanzdienstleister und Zulieferer der Öl- und Gasindustrie unterhalten wir – unabhängig von dieser Pipeline – Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen, die in das Projekt involviert sind.“ Divestment, der Versuch, dem Projekt durch Lobbyarbeit bei den Banken oder auch Bankenwechsel von Privatkunden die finanzielle Grundlage



Die Bayern LB finanziert die Dakota Access Pipeline mit. Anfang Februar 2017 übergab daher ein NGO-Bündnis in München mehr als 220.000 Unterschriften an die Bank. Foto: Mirko Milovanovic/Campact/Flickr (CC BY-NC 2.0)

zu entziehen, ist eine zunehmend genutzte Form des Protests. In den USA haben bereits einige Kommunen ihre Zusammenarbeit mit Wells Fargo, einer der Banken, aufgekündigt. Die norwegische Investmentfirma Storebrand, die schwedische Bank Nordea oder die norwegische DNB haben ihre Investitionen gestoppt oder beschlossen, sie zu überdenken. Unter dem Slogan #DeFundDAPL rufen NGOs beteiligte Banken dazu auf, ihre Kredite neu zu verhandeln oder zurückzuziehen. Mit Petitionen und Mahnwachen vor den direkt oder indirekt beteiligten deutschen und schweizerischen Banken machten sie auch auf der Straße mobil. Inzwischen hat die BayernLB ihre Position überdacht. Sie sieht sich zwar verpflichtet, den laufenden Kreditvertrag noch zu erfüllen, gab aber Ende Februar 2017 bekannt, keinerlei Anschlussfinanzierung mehr zu bewilligen.

### **Keystone XL ...**

2015 atmeten Klimaschützer und indigene Gegner der Keystone XLPipeline auf, denn der damalige Präsident Barack Obama stoppte das Projekt mit seinem Veto. Sein Nachfolger Trump leitete die Kehrtwende ein. Schon kurz nach seiner Amtsübernahme forderte er am 27. Januar 2017 Bau-

firmen auf, ihre Anträge erneut einzureichen – was das Unternehmen TransCanada dann auch umgehend tat.

Die Pipeline soll Öl von den Teersand-Ölfeldern in Nord-Alberta/Kanada bis zu den Raffinerien im US-amerikanischen Texas transportieren. Dabei kreuzt sie das Land mehrerer indigener Gemeinschaften, die darüber klagen, in dem Planungsprozess nicht einbezogen worden zu sein. Auch hätten, so Dallas Goldtooth vom **Indigenous Environmental Network (IEN)**, die Vertragsrechte der betroffenen Nationen



# „WASSER IST LEBEN“ - DIE DAKOTA ACCESS PIPELINE IN NORTH DAKOTA

keine Beachtung gefunden. Auf beiden Seiten der Grenze befürchten die Indigenen die Verschmutzung der Umwelt und bangen deshalb um ihre Versorgung mit sauberem Wasser. Denn die Trasse führt über den Ogallala-Aquifer, den größten unterirdischen Süßwasserspeicher Nordamerikas, der den Staat Nebraska und seine Nachbarstaaten mit Trinkwasser versorgt. Auch dürfte Keystone XL, um wirtschaftliche Gewinne abzuwerfen, zu einer Steigerung der Ölförderung in den Teersandgebieten führen, was noch mehr Treibhausgase freisetzt. Mindestens 800.000 Barrel Öl (1 Barrel = 159 Liter) soll die Pipeline pro Tag bewältigen.

Präsident Trump will Arbeitsplätze schaffen und die Pipeline nur genehmigen, wenn die Röhren aus amerikanischem Stahl bestehen und in den USA hergestellt werden. Doch eine Studie des Außenministeriums wies bereits 2014 nach, dass zwar etwa 3.900 Arbeiter für das Verlegen der Pipeline gebraucht werden, nach deren Inbetriebnahme aber lediglich 35 dauerhafte Arbeitsplätze bleiben würden.

Foto links: Keystone: Um Öl aus Teersand zu gewinnen, werden ganze Landstriche verwüstet. © Dru Oja Jay/Flickr (CC BY 2.0)

## ... und andere Pipelines

Widerstand gegen Pipelines für Öl und Gas gibt es überall in den USA, so etwa gegen die Trans Pecos Pipeline. Noch von der Obama-Regierung genehmigt, soll sie 1,4 Milliarden Kubikfuß (fast 40 Milliarden Liter) Erdgas pro Tag aus Texas, das im Fracking-Verfahren gewonnen wird, nach Mexiko transportieren. Dagegen haben Frankie Orona, Leiter der Gruppe **Society of Native Nations**, und seine Mitstreiterin Lori Glover unter Anleitung von ortsansässigen Natives im Januar 2017 auf Glovers Land nahe der geplanten Trasse in Texas das Widerstandscamp Two Rivers ins Leben gerufen. Ein zweites Camp, Toyahvale, entstand ganz in der Nähe, nachdem das Unternehmen Apache Corporation Pläne bekanntgegeben hatte, dort ein neu entdecktes Öl- und Gasvorkommen mit der Fracking-Methode auszuheben. Verantwortlich ist hier wie in North Dakota das Unternehmen Energy Transfer. Weitere Protestcamps gegen Gas-Pipelines gab es nach Angaben der Internetseite [www.theintercept.com](http://www.theintercept.com) vom 19. Februar 2017 gegen die Atlantic Sunrise Pipeline in Pennsylvania (The Lancaster Stand) und die Sabal Trail Pipeline in Florida (Sacred Water

Educational and Informational Center, Heartland Camps Water is Life House, Crystal Water Camp). Sie alle haben sich von den Protestcamps in Standing Rock inspirieren lassen.

Eine Doppelpipeline mit zwei parallelen Rohrleitungen ist in New York State und New Jersey geplant. Eine Röhre soll nach Fertigstellung der DAPL-Pipeline Öl aus dem Bakken-Ölfeld in North Dakota zu Raffinerien und Seehäfen in Linden/New Jersey transportieren, die zweite Rohölprodukte von dort nach Albany/New York zurückleiten. Sie würden die wasserführenden Schichten des Ramapo-Flusses kreuzen, ebenso zwei wichtige Wasserversorgungssysteme für New York City und die Ramapo-Berge. Dort leben die Ramapough-Lunaape, Nachkommen der Lenape-Indianer, die im 18. Jahrhundert nach Kanada vertrieben wurden. Nach einem Besuch im Standing-Rock-Protestcamp gründeten sie das Split Rock Sweetwater Camp im Norden New Jerseys, das als Informationszentrum dient und nicht ständig bewohnt ist. Die Ramapough-Lunaape werden zwar von den Bundesstaaten New York und New Jersey offiziell anerkannt, nicht aber von der Bundesregierung in Washington DC. Die Regierung lehnte ihren Antrag auf Anerkennung als Native Nation 1995 ab.



# „WASSER IST LEBEN“ - DIE DAKOTA ACCESS PIPELINE IN NORTH DAKOTA

## Auch der größte Trinkwasserspeicher Nordamerikas ist in Gefahr

In Minnesota im Gebiet der Großen Seen an der Grenze zu Kanada plant der kanadische Konzern Enbridge ein ganzes Netzwerk von Pipelines für durch Fracking oder aus Teersandförderung gewonnenes Rohöl. Sie führen durch Gebiete mit vielen Wäldern und Seen, in denen mehrere Native Nations vertraglich zugesicherte Rechte für die Jagd, den Fischfang und das Sammeln von Wildreis besitzen. Der Staat Minnesota bereitet gerade eine Umweltverträglichkeitsprüfung (Environment Impact Study/EIS) für die Line 3 Pipeline vor, die für den Transport von Teersandöl geplant ist und mitten durch das Vertragsland des Minnesota Chippewa Tribe (MCT) und einige der weltweit größten Wildreiskommen führen soll. Im MCT sind sechs Ojibwa/Chippewa-Gruppen zusammengeschlossen, die Bois Forte, Fond du Lac, Grand Portage, Leech Lake, Mille Lacs und die White Earth. MCT bereitet gerade eine eigene Umweltfolgenstudie vor, die die Lücken der EIS hinsichtlich der Folgen für die Umwelt und für die Kultur der indigenen Gemeinschaften sowie deren Nichteinbeziehung in die Planungen aufarbeiten soll.

Im September 2016 schlossen mehr als 50 Tribes zu beiden Seiten der Grenze eine historische Allianz gegen die Line 3 Pipeline und die Northern Gateway Pipeline von Enbridge, die TransCanada Pipeline von Energy East und die sog. Trans Mountain Pipeline des Unternehmens Kinder Morgan.

Ein anderer Endpunkt des Pipelinenetzes, das vom Bakken-Ölfeld in North Dakota ausgeht, liegt weit entfernt in Louisiana im Süden der USA. Hier setzen sich indigene und nicht-indigene Aktivisten gegen die Bayou Bridge Pipeline zur Wehr. Auch sie sind inspiriert vom Widerstand in Standing Rock. Die Entscheidungen von Präsident Trump für den Profit und gegen die Umweltbedenken geben den Protesten neue Nahrung. Denn die Pipelines sind alles andere als sicher. Nach Angaben von Energy Transfer kam es in den USA allein 2016 zu 69 Leckagen in den Pipelines dieses Unternehmens.

Foto links: „Wasser ist Leben“ - Solidarität mit Standing Rock  
© Peg Hunter/Flickr (CC BY-NC 2.0)



## Trumps Mauer schwankt, bevor sie steht

Momentan gibt es der Expertin für Geopolitik an der Universität Quebec, Elisabeth Vallet, zufolge, weltweit 65 Mauern, die Landesgrenzen vermeintlich sichern oder ethnische und religiöse Abgrenzungen schaffen sollen. Dies sind etwa viermal mehr als zum Zeitpunkt des Berliner Mauerfalls von 1989. Obwohl man in Zeiten der Globalisierung eigentlich von zunehmender Vernetzung spricht und die Geschichte zeigt, dass Mauern der Menschheit selten Gutes gebracht haben, nutzen viele Staatschefs diese künstlich geschaffene Abschottung als ein Symbol des Nationalstaats, der Abgrenzung von „Anderen“ und der Selbstidentifikation. Auch Donald Trump will an der 3.200 Kilometer langen Grenze zu Mexiko eine Mauer errichten, da er davon ausgeht, so Drogenschmuggel und illegale Einwanderung in die USA verhindern zu können.

Nicht einkalkuliert in seine Baupläne hat Trump jedoch die Native Americans. Mehr als 20 indianische Gemeinschaften leben in der Grenzregion. Ihre religiösen Bräuche, Traditionen und zeremoniellen Stätten wären durch den Mauerbau

stark beeinträchtigt. So auch im Fall der Tohono O'odham Nation, deren Gebiet von der Grenze zwischen dem US-Bundesstaat Arizona und dem mexikanischen Bundesstaat Sonora geteilt wird. Auf ihre Zustimmung ist Trump angewiesen, da die Nation ihr Reservat autonom verwaltet. Die Tohono O'odham haben dazu schon klar Stellung bezogen. „Nur über meine Leiche wird eine Mauer gebaut“, ließ der Vizechef der Nation verlauten und kündigte Widerstand an.

Möglicherweise könnte auch bald Deutschland bei dem Bau der Mauer involviert sein. Die Baukonzerne Heidelberg-Cement und Hochtief haben bereits ihr Interesse signalisiert. Bisher gibt es noch keine offizielle Ausschreibung, sodass der Fortgang des Projekts abzuwarten bleibt. Sollten die Pläne jedoch konkreter werden, muss Trump sich auf neue Dimensionen von indigenem Widerstand gefasst machen. Schließlich geht es um nichts Geringeres als um ihre Souveränität und damit um ihre Existenz.

# BAUPROJEKT MAUER: WAS DIE IDEE WIRKLICH UMFASST

## Bauprojekt Mauer: Was die Idee wirklich umfasst

Die Grenze zwischen den USA und Mexiko ist 3.200 Kilometer lang und streift vier US- und sechs mexikanische Bundesstaaten.

Etwa 26 verschiedene Native Nations leben im Grenzgebiet, eine Mauer würde ihre Lebensweisen stark beeinträchtigen.

Schon jetzt gibt es an etwa einem Drittel des Grenzverlaufs Zäune und Sperranlagen, an vielen der noch frei passierbaren Stellen patrouilliert die Border Patrol (Grenzschutzbehörde).

Die Grenze verläuft teilweise durch unwegsame Gebirgsgegenden und kaum passierbare Wüstenabschnitte, an diesen Stellen ist sie bisher nicht abgeriegelt.

Momentan arbeiten etwa 21.000 Menschen als Border Patrol Agents. Diese sollen auf Anordnung Trumps so bald wie möglich aufgestockt werden.

Nach Trumps Vorstellungen soll die Mauer etwa 15 Meter hoch sein und aus Stahl und Beton bestehen.

Nach einer Studie des Instituts für Technologie Massachu-

setts (Massachusetts Institute of Technology), einer der weltweit führenden Eliteuniversitäten, wären für einen solchen Mauerbau ungefähr 2,3 Millionen Tonnen Stahl und 9,7 Millionen Kubikmeter Beton nötig.

Eine solche Mauer könnte bis zu 40 Milliarden US-Dollar (37,2 Milliarden Euro) kosten.

Mexikanische Architekten äußerten sich auf der Nachrichten-Website [Business Insider](#) zu dem Bauvorhaben und beschrieben es als praktisch undurchführbar. Eine Fertigstellung würde realistisch gesehen 16 Jahre dauern.

Einen Teil der US-mexikanischen Grenze bestimmt der natürliche Verlauf des Flusses Rio Grande. In seiner unmittelbaren Nähe sind Bautätigkeiten gesetzlich verboten. Das wurde in einem Abkommen mit Mexiko aus dem Jahr 1970 geregelt.

Laut dem Pew-Forschungszentrum, einem Meinungsforschungsinstitut mit Sitz in Washington D.C., wanderten so wenig Mexikaner wie nie in den vergangenen 15 Jahren in die USA ein. 2014 kehrten sogar mehr Mexikaner in ihr Heimatland zurück als in die USA immigrierten.



## Die Souveränitätsfrage

Spiritualität, Land und Menschenrechte sind bei den indigenen Völkern eng miteinander verbunden. Souveränitätsrechte spielen für sie deshalb eine große Rolle. Die nordamerikanischen Indianer bestatten ihre Ahnen in der heiligen Mutter Erde. Die Verbindung zu den Ahnen ist wichtiger Teil ihrer Identität. Doch diese Verbindung zerbricht, wenn die Menschen vertrieben oder die Gräber zerstört werden. Nachdem ihnen bereits große Teile ihrer Territorien geraubt worden waren, schlossen die indianischen Nationen und die US-Regierung im 18. und 19. Jahrhundert 371 Landrechtsverträge. Im Tausch gegen gesicherte Grenzen der verbleibenden Gebiete gaben sie weite Flächen ihres ursprünglichen Gebiets auf. Doch sobald gewinnversprechende Rohstoffe gefunden wurden, wurden die Verträge gebrochen und das Land an Siedler verteilt. 1871 beschloss der Kongress sogar, keine Verträge mehr auf Grundlage der Anerkennung der Indianer als souveräne Nation abzuschließen. Mit dem „Dawes Act“ von 1887 wurde indianisches Reservatsland parzelliert und versucht, Native Americans zu



Unterzeichnung des Vertrags von Fort Laramie von 1868, der den Indianern weitgehende Landrechte zusicherte. In Fort Laramie wurden mehrere Verträge unterzeichnet, darunter auch jener von 1851, auf den die Standing Rock Sioux sich berufen.

Foto: U.S. National Archives and Records Administration/Public Domain

Ackerbauern „umzuerziehen“. Das Land, das ihnen zugeteilt wurde, war häufig nicht fruchtbar, sodass viele indigene Gemeinschaften fortan von staatlichen Lebensmittelzuteilungen abhängig waren. Erst ab 1924 kam es zu einer

# DIE SOUVERÄNITÄTSFRAGE

Wende: Die Indianer erhielten nun endlich Bürgerrechte. Mit dem „Indian Reorganisation Act“ von 1934 wurde die Parzellierung von Stammesland verboten und die Stämme durften sich weitgehend selbst verwalten. Ab 1953 versuchte dann die sogenannte Terminationspolitik, die Native Americans als eigenständige ethnische Gruppe mit kollektiven Rechten auszulöschen. Viele wurden in große Städte umgesiedelt, wo sie rasch die verarmte Gruppe der sogenannten Stadtindianer bildeten. Vor allem aus ihren Reihen entstand in den 1960er und 70er Jahren die indianische Protestbewegung des American Indian Movement (A.I.M.) und wuchs rasch, wie die Protestmärsche und die Besetzung der US-Indianerbehörde Bureau of Indian Affairs zeigen. Mittlerweile haben die Indianer auch auf internationaler Ebene durch die Vereinten Nationen Anerkennung erhalten und sollten durch eine Reihe von geltenden Gesetzen eigentlich gut geschützt sein. Zu diesen Gesetzen zählen u. a. Umweltschutzgesetze, Schutzgesetze für gefährdete Arten, der „American Indian Religious Freedom Act“ und die Konvention der Vereinten Nationen zum Schutz des Kulturerbes der Menschheit sowie die UN-Deklaration über die Rechte indi-

gener Völker, die Präsident Obama 2010 unterzeichnet hat. Dennoch werden ihre Rechte weiterhin verletzt, vor allem durch privatwirtschaftliche Projekte in ihren Gebieten. Wenn Indianer gegen solche Projekte klagen, müssen sie sich häufig erniedrigenden Prozessen unterziehen, bei denen ihre indianische Religion wie ein ominöser Aberglaube behandelt wird. Enteignet, betrogen, unzureichend entschädigt – die Geschichte des Landraubs der Indianer ist eine Geschichte gebrochener Versprechen, die bis in die Gegenwart reicht.

## „Black Hills are not for sale!“

Die Black Hills stehen nicht zum Verkauf! Bis heute lehnen die Oglala Lakota die Kompensationszahlung ab, die ihnen für die Enteignung der Black Hills im Jahr 1979 zugesprochen wurden. Für sie ist das bewaldete Mittelgebirge im heutigen Bundesstaat North Dakota ein Heiligtum, das nicht durch Geld zu ersetzen ist. Im Vertrag von Fort Laramie von 1868 zwischen den Great Sioux Nations und der amerikanischen Regierung wurden ihnen rund 100.000 Quadratkilo-

meter einschließlich der Black Hills zugesprochen. Dieser Vertrag ist noch heute völkerrechtlich verbindlich. Er erlaubt den Lakota die uneingeschränkte Nutzung und Besiedlung des Landes. Nachdem jedoch 1877 Gold in den Black Hills gefunden wurde, wurde nicht einmal ein Jahrzehnt später der Vertrag von weißen Siedlern gebrochen und ein neues Gesetz beschlossen, das neue Grenzziehungen vorsah. Den Indianern wurden mit der Sell-or-Starve (Verkaufe-oder-hungere)-Politik alle Versorgungsleistungen entzogen und sie wurden in das Great-Sioux-Reservat verdrängt. Das Reservat wurde infolge der Parzellierung später in fünf Einzelreservate aufgeteilt, sodass die Indianer völlig abhängig von staatlicher Versorgung wurden. 1915 versuchten sie, die US-Regierung das erste Mal wegen des Landraubs zu verklagen. Die Klage wurde jedoch abgewiesen. Auch der erneute Versuch 1946 scheiterte. 1979 wurde der Landraub vom United States Court of Claims für unrechtmäßig erklärt und die US-Regierung zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von etwa 1,1 Milliarden Euro verurteilt. Der United States Court of Claims war ein Gericht für Anspruchsverfahren gegenüber der US-Regierung. Das Gericht wurde

1982 vom Kongress aufgelöst und durch den United States Court of Federal Claims abgelöst. Die Annahme der Entschädigung lehnen die Oglala bis heute ab. Sie wollen das Land, nicht das Geld. Auch die Blackfeet in der amerikanischen-kanadischen Grenzregion kämpften lange um ihren heiligen Berg im Bergland Badger Two Medicine. Trotz ihrer Bemühungen begannen 1992 die Baumaßnahmen für die Gewinnung von Erdgas und Erdöl. Vorläufige Erfolge konnten die Havasupai in Arizona verzeichnen. Sie stoppten 2009 zunächst den weiteren Uranabbau im Grand Canyon. Auch den Western Shoshone in Nevada wurde gegenüber dem weltgrößten Goldkonzern Barrick Gold vor einem Gericht in San Francisco Recht gegeben. Das Verfahren der Shoshone, aber auch das Mount-Graham-Verfahren der Apache gegen die Inbetriebnahme von Kupferminen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Sie fürchten, ihr Land unter Präsident Trump jetzt endgültig zu verlieren.



## Was bleibt von der Indigenenpolitik Barack Obamas?

Innerhalb von Stunden nach dem Amtswechsel von Barack Obama zu Donald Trump ließ die Internetseite des Weißen Hauses den Kurswechsel erkennen: Die Unterseite zu den Native Americans, die in den acht Jahren unter Barack Obama fester Bestandteil der Homepage war, war nicht mehr erreichbar. Auch die Seiten zu den Themen Bürgerrechte, Menschen mit Behinderung und Klimawandel waren nicht mehr zugänglich.

Unruhe verursachen auch manche Personalentscheidungen von Donald Trump. Neuer Chef der Umweltbehörde Environmental Protection Agency (EPA), die zum Beispiel Umweltprüfungen für Projekte wie DAPL durchführt, ist seit Februar 2017 Scott Pruitt. Er gilt als scharfer Kritiker von Präsident Obamas Klimapolitik und hat in seiner Zeit als Staatsanwalt des Staates Oklahoma die EPA mehr als ein Dutzend Mal verklagt. Dokumente und E-Mails aus dieser Zeit belegen seine guten Kontakte zur Öl- und Gasindustrie. Ehemalige EPA-Mitarbeiter, die unter Präsidenten der De-

mokratischen und der Republikanischen Partei gearbeitet hatten, teilten in einem Brief an den Senat ihre Bedenken gegen den neuen Leiter der Behörde mit. Er habe bereits deutlich gemacht, dass er nicht bereit sei, bestehende Umweltsetze umzusetzen, hieß es in dem Brief. Die Ausbeutung von Kohle, Öl und Gas verletzt häufig indigene Interessen, denn viele Vorkommen liegen in vertraglich geschütztem Land. Konflikte sind demnach programmiert.

Nach der Ernennung der Bildungsministerin Betsy DeVos fürchten viele Bildungsinstitutionen der Native Americans um Förderprogramme für indianische Schüler und Studenten, die sich sonst Bildung gar nicht leisten können. „Ministerin DeVos war und bleibt die am wenigsten für dieses Amt qualifizierte Person. Tausende Navajo-Schüler im primären und sekundären Bildungsbereich werden von der Ideologie einer ausschließlich an dem Markt orientierten Schulwahl betroffen sein, denn die Schulen im Gebiet der Navajo Nation werden hauptsächlich mit öffentlichen Mitteln finanziert. In wirtschaftlich schwachen Gegenden können Privat-

schulen aber kaum existieren und die Qualität der Bildung wird unter DeVos leiden. (...) Marktgesetzen und Profit wird vor den Bedürfnissen der Schüler Vorrang gegeben. Das ist inakzeptabel“, sagt zum Beispiel Amber Kanazbah Crotty, Mitglied im Komitee für Gesundheit, Bildung und Soziales im Navajo Nation Council.

Große Sorge gibt es auch um die Gesundheitsversorgung der Native Americans. Das Gesetz „Indian Health Care Improvement Act“ ist Bestandteil des „Affordable Care Act“ von 2010, besser bekannt als Obamacare. Die Angst ist groß, dass die Regelungen für die Gesundheitsversorgung der Native Americans zusammen mit Obamacare dem Reformeifer der Republikaner unter Donald Trump zum Opfer fallen könnten. Diese Ängste erscheinen angesichts der Ernennung von Tom Price zum Gesundheitsminister berechtigt, denn er gehört zu den schärfsten Gegnern von Obamacare.

Präsident Obama war an einer Verständigung mit den Native Nations interessiert: hier 2015 bei der Unterzeichnung des „Tribal Law and Order Act“, der die Befugnisse der Stammesgerichte erweiterte.

Foto: National Congress of American Indians/Flickr (CC BY-NC-ND 2.0)



## Droht die Privatisierung indianischer Reservate?

Unmittelbar nach der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA schreckten Bemerkungen seines Beraterteams die Stammesregierungen der 567 von der Bundesregierung offiziell anerkannten „American Indian and Alaska Native tribes“ auf. Man wolle die Rohstoffe, die auf 20 Millionen Hektar Stammesland von einer erstickenden Bürokratie der Bundesbehörden verwaltet werden, befreien, zitiert die Agentur [Reuters](#) (05.12.16) zwei Vertreter dieser Beratergruppe. In den Reservaten werden etwa ein Fünftel der Öl- und Gasreserven der USA und enorme Kohlevorkommen vermutet. Der Vorschlag lautet, Reservatsland zu privatisieren und damit ein Verfahren zu beenden, das dem Schutz des Landbesitzes dient, der von den indianischen Gemeinschaften als souveräne Nationen verwaltet wird. Auch dass die Privatisierung der Reservate einer Liberalisierung des Bergbaus den Weg bereiten soll, birgt jede Menge Zündstoff, denn viele Native Americans betrachten dies als Verletzung ihrer Selbstbestimmung und ihrer Kultur.

Der Status des Reservatslandes geht zurück auf die Verträge, die im 18. und 19. Jahrhundert zwischen indianischen

Nationen und den USA geschlossen wurden, um die sogenannten Indianerkriege zu beenden. Stammesregierungen entscheiden selbst darüber, wie und ob überhaupt Land und Rohstoffe ausgebeutet werden. Das Bureau of Indian Affairs (BIA), das 1824 als Teil des Kriegsministeriums entstand und heute dem Innenministerium unterstellt ist, soll u. a. Landverkäufe an Nicht-Indianer verhindern. Die Behörde ist auch dafür zuständig, Reservatsland an nicht-indianische Viehzüchter zu verpachten – jedoch zu Ungunsten der indianischen Nationen, die nur wenig Geld dafür erhalten. Es hat auch schon Fälle gegeben, dass das BIA Pachteinahmen veruntreut hat, anstatt sie auszuzahlen. Die Priorität für Privatisierung und wirtschaftliche Erschließung wird auch durch die Zusammensetzung einer 27 Mitglieder umfassenden Native American Affairs Coalition deutlich, die nach der Präsidentschaftswahl von dem Übergangsteam Präsident Trumps damit beauftragt wurde, Vorschläge für Trumps Indianerpolitik zu erarbeiten. Drei der vier Vorsitzenden dieses Gremiums haben laut [Reuters](#) Verbindungen zur Ölindustrie.

Zwar gibt es auch Nationen wie die Crow Nation in Montana oder die Southern Ute in Colorado, die mit Verträgen für





## DROHT DIE PRIVATISIERUNG INDIANISCHER RESERVATE?

Bergbau und Ölförderung ihr Gesundheitswesen, Bildungssystem und ihre Infrastruktur finanzieren. Aber noch gibt es eine Fülle von Vorschriften des Bundes für die Verpachtung, Verpfändung sowie Genehmigungen zum Bergbau oder für Bohrungen, die für die Indianer, die ihr Gebiet vor wirtschaftlicher Erschließung bewahren wollen, einen gewissen Schutz bedeuten. Ihre Devise lautet „Land ist Leben“ und meint gemeinschaftlich verwaltetes, nicht privatisiertes Land.

„Unsere spirituellen Führer sind gegen die Privatisierung unseres Landes und gegen die Kommerzialisierung der Natur, von Wasser und Luft, die für uns heilig sind. Seit Beginn der Kolonisierung war Privatisierung das Ziel, um die Native Nations ihrer Souveränität zu berauben“, betont Tom Goldtooth, Leiter des **Indigenous Environmental Network**, der sowohl den Dine als auch den Dakota angehört.

Foto links: „Wir gehen hier nicht weg!“

© Avery White, Oceti Sakowin Camp/Flickr (CC BY-NC 2.0)

Rechts: Privatisierung des Reservatslandes würde das Elend verschlimmern. Die Native Americans haben nur durch Selbstbestimmung eine Chance auf einen Weg heraus aus der Armut.

© Henry Red Cloud



# WUSSTEN SIE SCHON? WIRKLICH WAHRE FAKTEN ÜBER DIE USA UND DIE NATIVE AMERICANS

## Wussten Sie schon?

### Wirklich wahre Fakten über die USA und die Native Americans

Kurz nach seiner Amtseinführung hat Donald Trump ein Porträt von dem siebten Präsidenten der USA, Andrew Jackson, im Oval Office aufhängen lassen. Dieser galt als Hasser der Native Americans und vertrieb Tausende von ihnen durch den „Indian Removal Act“ aus ihrem Territorium.

Etwa 22 Prozent der 5,2 Millionen Native Americans leben auf Stammesland.<sup>1</sup>

Ungefähr 28,2 Prozent der Native Americans leben unter der auf Bundesebene festgelegten Armutsgrenze.<sup>2</sup>

Die durchschnittliche Lebenserwartung von Native Americans liegt fast fünf Jahre unter der von anderen US-Bürgern.<sup>3</sup>

Es gibt 567 auf Bundesebene anerkannte Stämme von Native Americans.<sup>4</sup>

Mehr als 75 Prozent der in den Reservaten in den USA lebenden Menschen sind keine Native Americans.<sup>5</sup>

Foto rechts: Barbara J. Miner, Oceti Sakowin Camp/Flickr (CC BY-NC 2.0)

Hauptsächlich wegen ihrer Dienste während des Ersten Weltkriegs, sprach das Indianer-Staatsbürgerschaftsgesetz („Indian Citizenship Act“) aus dem Jahr 1924 den Native Americans die volle Staatsbürgerschaft zu.

Fast die Hälfte der Namen der US-Bundesstaaten hat indianischen Ursprung. Das Wort „Dakota“ kommt beispielsweise von den gleichnamigen Dakota-Sioux und bedeutet „Verbündete“, der Name Michigan leitet sich von „michigamea“ für „großes Gewässer“ ab.

Der Weißkopfsaadler auf dem Wappen der USA ist eigentlich ein Symbol der Irokesen-Konföderation, ein Zusammenschluss von indianischen Nationen aus dem 17. Jahrhundert.

In Nord Dakota wird durch Fracking inzwischen mehr Erdöl gefördert als in Texas.

<sup>1</sup> 2010 US Census: <https://www.census.gov/prod/cen2010/briefs/c2010br-10.pdf>, <sup>2</sup> 2008 American Indians Census Facts, <sup>3</sup> 2010 HHS Indian Health Disparities Fact Sheet, <sup>4</sup> <http://www.tribalsegov.org/self-governance/news/federal-register-updates-federally-recognized-tribes>, <sup>5</sup> [www.washingtonpost.com/world/national-security/new-law-offers-a-sliver-of-protection-to-abused-native-american-women/2014/02/08/0466d1ae-8f73-11e3-84e1-27626c5ef5fb\\_story.html?utm\\_term=.c071301558e5](http://www.washingtonpost.com/world/national-security/new-law-offers-a-sliver-of-protection-to-abused-native-american-women/2014/02/08/0466d1ae-8f73-11e3-84e1-27626c5ef5fb_story.html?utm_term=.c071301558e5)



INDIGENOUS  
SOVEREIGNTY  
PROTECTS  
LAND · AIR · WATER





## HELFFEN SIE DEN NATIVE AMERICANS IN DEN USA!

Lesen. Informieren. Weitersagen. Mitmachen.  
Einfluss nehmen.

Auf [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de) oder  
fordern Sie unser kostenloses Infomaterial an!

## SIE MÖCHTEN MEHR FÜR MENSCHENRECHTE UND MINDERHEITEN TUN?

Jede Spende hilft!  
Treten Sie dem Kreis unserer Mitglieder und Förderer bei.  
Wir senden Ihnen gern kostenlos  
mehr Informationsmaterial.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft  
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070  
(BIC) BFSWDE33HAN



Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0  
Fax: 0551 58028 • E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de) • [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

**Für Menschenrechte. Weltweit.**